

Volkstimme

Einzelpreis 35.00 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Plann-lich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Nr. 111111; für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1791 für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 119.

Rezeptionspreis monatlich 700.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabeorten monatlich 670.00 Mark. — Anzeigen ab 1. bis 10. Spaltenbreite 30.00 Mark, auswärts 110.00 Mark, für 10 Spaltenbreite 330.00 Mark, auswärts 400.00 Mark. Verteilungskosten 80.00 Mark. Anzeigenabgabe verlorren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 22.

Magdeburg, Sonnabend den 27. Januar 1923.

34. Jahrgang.

Die Schuld der Besitzenden.

Zwei Zahlen aus der Rede des Reichsfinanzministers zu dem Haushaltsentwurf für 1923 zeigen die ganze Trostlosigkeit unsers Finanzjahrens. Der Fehlbetrag ist allein im ordentlichen Haushalt 1,4 bis 1,6 Billionen Mark, also 1400 bis 1600 Milliarden Mark. Nicht enthalten ist in dieser astronomischen Zahl das Anleihebedürfnis des außerordentlichen Haushaltsplans. Auch die Reichspostverwaltung und vielleicht auch die Reichsbahn werden mit Fehlbeträgen aufwarten, die in jener Summe noch nicht einbezogen sind. Nicht zu übersehen ist ferner, daß für Wiedergutmachungszwecke noch nichts in den Entwurf eingelegt ist.

Leider entsprach der Aufbau der Rede des Reichsfinanzministers durchaus nicht der furchtbaren Grundlage, die er seinem Vortrag durch die gewaltigen Zahlen unsrer Fehlbeträge gegeben hatte. Man hörte nur wieder einige Mahnungen zur Einschränkung des Luxusverbrauchs und zur Enthaltensamkeit, eine Moralpredigt, die bei manchen Abgeordneten leise Seufzer weckte, denn man erinnerte sich, daß gerade Hermes nicht immer zu den Freunden der Enthaltensamkeit gehört hat. Nichts aber vernahm man aus der Rede des Hüniers der Reichsfinanzen von den unbedingt in größtem Maßstab erforderlichen Opfern des Besitzes, wenn das Reich gerettet werden soll.

Was Hermes unterlassen hatte, holte unser Genosse Wels in seiner Rede sachlich und kräftig nach. Sein Vortrag mußte in die Hände der all zu vielen Volksgenossen kommen; die über der Verachteten Empörung gegen die französische Gewalttat allzu leicht vergessen, welche Mittelschuld viele Besitzende in Deutschland als Helfer Poincarés an unsrer nationaler Not tragen. Besonders wirkungsvoll war Wels, als er dem Reichstag darlegte, wie erst die Demokratie unsrer arbeitenden Massen für den Staat und die Nation gewonnen hat. Einheit des Reiches und Wiederaufbau sind nur in der republikanischen Staatsform möglich. Die nationalsozialistische Bewegung gefährdet den Bestand des Reiches. Ueber die Verhandlungen wird berichtet:

Nach der Erledigung einiger kleinerer Vorlagen trat der Reichstag in die erste Beratung des Stats für 1923 ein, der begründet wird vom

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Der Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1923 steht im Zeichen des niedergehenden Kurzes der Mark. Sicher ist, daß dieser Haushaltsplan ein weiteres hartes Sparmaß anzeigt. Im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung gleichen sich Einnahmen und Ausgaben aus; im außerordentlichen Haushalt bleibt ein ungeheurer Ausgabebedarf von 66 Milliarden. Reichspost- und Telegraphenverwaltung schließen mit einem Fehlbetrag von rund 80 1/2 Milliarden. Durch die Erhöhung der Gebührensätze konnte das Defizit nicht gedeckt werden. Der Anleihebedarf im außerordentlichen Haushaltsplan beläuft sich auf 84 1/2 Milliarden. Bei der Eisenbahn sollen die Ausgaben mit eigenen Einnahmen voll gedeckt werden. Durch Erparnis an Personal, Stoffen, Oelen sollen rund 140 Milliarden weniger ausgegeben werden. Der außerordentliche Haushalt der Reichsbahn schließt mit einem Anleihebedarf von 284 Milliarden ab. Für die Ausführung des Friedensvertrags ergibt sich ein Ausgabebedarf von 206 Milliarden. Dabei ist entsprechend unserm Reparationsanspruch für die eigentlichen Reparationen noch kein Betrag eingestellt. Der gesamte Anleihebedarf beträgt 621 Milliarden.

Der Minister geht dann zur Besprechung der durch die Aushaftung geschaffenen Situation über und sagt: Die Arbeit der französischen Imperialisten geht dahin, im westlichen Wirtschaftskreis eine

Vereinigung von Eisen, Erz und Kohle

unter französischer Führung aufzurichten. Durch die Ruhrbesetzung und die dadurch bewirkte neue Geldentwertung wächst unsre schwebende Schuld, die am 31. Dezember 1922 1495 Milliarden betrug und bis zum 22. Januar 1923 auf 1852 Milliarden stieg. Vom Kriegsende bis zum Ablauf des Jahres 1920 war die schwebende Schuld nur von 51 Milliarden auf 166 Milliarden gestiegen, vom Beginn des laufenden Rechnungsjahres aber bis zum 22. Januar hat sie sich um 1580 Milliarden vermehrt.

Der Minister kündigt an, daß die Reichsregierung je mehr Mittel zur Abwendung der dauernden Schädigung unsers ganzen Volkstandes zur Verfügung stellen wird, je mehr uns die Gewalt bedrängt. Die Mittel für die soziale Fürsorge sind entsprechend dem ansteigenden Personalpreis besonders hoch, die Regierung wird sich aber die Fürsorge aller angedenkten lassen, die durch den Krieg, durch unerschöpfte Erwerbslosigkeit und in Not geraten sind. Der Minister schließt dann noch einmal zusammenfassend

den Leidensweg der deutschen Mark.

beginnend beim Londoner Ultimatum vom Mai 1920, dem sich der verhängnisvolle Spruch des Schiedsgerichts anwandte, der uns den wertvollsten Teil des oberirdischen Gebietes nahm. Die letzten Besprechungen der Minister haben nicht den von Poincaré gewünschten Verlauf genommen. Die Wege der Minister haben sich in der Reparationsfrage getrennt. Um aber seine Autorität und die Frankreichs zu wahren, ging Poincaré dahin, wo ihm ein Widerstand nicht gefährlich erschien, zum übereinstimmenden

und wehrlosen Deutschland! Die Befehle des Ruhrgebietes erfolgte ausgerechnet in einem Moment, in dem von einem Verschulden Deutschlands keine Rede sein konnte. Diesen neuen Gewaltakt hat die Mark wiederum mit einem tiefen Sturz büßen müssen.

Der Einbruch in das Ruhrgebiet

Ist zugleich der schwerste Einbruch in die Vertragsrechte derer, die von Deutschland Beiträge zu ihrem Wiederaufbau erschaffen. (Gehobene Zustimmung.) Unter lebhaftem Beifall der bürgerlichen Parteien erklärte der Minister, die Regierung werde nach wie vor alle ihre zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um die Gewalttätigkeit Deutschlands gegenüber zu bereinigen. Die Gefahr der Gewalt hat seit dem Amtsantritt Poincarés dauernd über uns geschwebt. Eine besondere Politik mußte beschaffen, eine Bewirtlichung dieser Gefahr zu verhindern, auf alle Fälle aber die Erkenntnis von der Nutzlosigkeit, ja dem umgekehrten Schaden von Gewaltmaßnahmen in der Welt zu verbreiten. Beides konnte aber nur durch die unermessliche Entschlossenheit Deutschlands erreicht werden, sich der Mitarbeit an keinem Versuch zur vernünftigen wirtschaftlichen Realisierung des Reparationsproblems zu entziehen. Das positive Ergebnis ist, daß die brutale Gewalt heute von Frankreich allein ausgeht, daß die Welt die rohe und rechtswidrige Militärdiktatur Frankreichs beurteilt und die deutsche Nation in ihrer entschlossenen Abwehr einig ist.

Sobald die Gewalt dem Rechte gewichen ist, wird man uns bereit finden, über die Reparationsfrage zu verhandeln. Offen war, daß nicht inzwischen durch die Gewalttätigkeit ein Schaden an unserm Wirtschaftskörper anwachsend ist, der unsre Fähigkeit zur Reparation noch mehr zerstört, als es die unheilvolle Politik, die seit Kriegsende gegen uns betätigt worden ist, ohnehin bereits getan hat.

Abg. Wels (Soz.):

Die Darlegungen des Reichsfinanzministers haben uns ein erschreckendes und geradezu irrtümliches Bild von dem Stande der Reichsfinanzen geliefert. Somentig ich verkenne, daß die großen Reparationsleistungen die ungünstige Entwicklung der Reichsfinanzen mitberücksichtigt haben, so sehr muß ich doch betonen, daß auch die Regelung der Steuerverhältnisse in Deutschland daran mit schuld ist. (Sehr richtig!) Wir haben gewiß hohe Steuerlasten. Sie übersteigen besonders bei den unteren und mittleren Einkommen die Steuerlasten im Ausland. Wichtigster aber als die Höhe der Steuerlast ist die Art und Zeit ihrer Zahlung. Nur ein Teil der Steuerpflichtigen zahlt pünktlich. Alle Steuern,

außer der Lohn- und Gehaltssteuer,

werden in entwerteter Mark entrichtet. Neben der Gefahr, daß die inflationistische Wirkung der schleppenden Steuerhinterziehung in der Welt als deutsche Böswilligkeit erscheint, muß das Verfahren der Steuererhebung gegenüber den leistungs-fähigen Schichten aber auch die Reichsfinanzen zerrütten. Damit wird zugleich die Wirtschaft zerstört, die Preise gehen in die Höhe, die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten wird geschwächt, alle Versuche zur Stabilisierung der Mark müssen damit scheitern. Wir verlangen deshalb, daß die Reichsregierung sich von der Schaffung einer sozial gerechten Steuererhebung unter Wiederherstellung eines festen Wertmaßstabes nicht abdrängen läßt, sondern trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten diesem Ziel mit Energie nachstrebt. Als wichtiges Hilfsmittel dazu betrachten wir die Steuererhebung. Der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf über die Anpassung der Steuererhebung an die Geldentwertung entspricht in keiner Weise diesen Erfordernissen. Er mildert die Belastung des Sachbesitzes und schafft in keiner Weise Vorzüge, daß die Geldentwertung als Quelle der Milderung der Steuerlast beseitigt wird. Als ein besonders großer Mangel erscheint es uns, daß die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung über die Stundungen von Steuern nicht geändert worden sind. Welch schwere Schädigung der Reichsfinanzen vorkommt, haben die Erörterungen über die Stundung der 30 bis 40 Milliarden Kohlensteuer

gezeigt. Diese Stundung, die erfolgt ist ohne Zinsleistung und ohne Kursicherung, raubt dem Reiche zwei Drittel bis drei Viertel jenes Betrags, den die Verbraucher in Form der 40prozentigen Steuer bereits gezahlt haben. Eine weitere Ursache der Kreditnot ist die völlig verheerende Diskont-Politik der Reichsbank. Die vieltausendprozentigen Gewinne an der Börse sind mit Geld erzielt worden, für das der Spekulant im ganzen Monat der Reichsbank kaum dreiviertel Prozent Zinsen gezahlt hat. Enorme Summen waren plötzlich bereit, bei der letzten Hausse am Effektenmarkt. Für Spekulation ist immer Geld da, nur wenn Besitzern gezahlt werden sollen, ist eine ungläubliche Kreditnot. Wer 3 Millionen 300 000 Mark in Wertpapieren angelegt hat, wird veranlagt, als wenn er 100 000 Papiermark besäße. Hat er diese Wertpapiere noch mit 100 000 Mark beliehen, so ist er völlig steuerfrei. Ein Markbesitzer, dessen Sachwertbesitz 100 000 Papiermark ausmachte, wird mit einer Million Papiermark eingeschätzt, obwohl der heutige Wert, gemessen an den Goldpreisen,

mindestens 600 Millionen beträgt.

Dieser Zustand erstickt nicht nur jede Möglichkeit zur Sanierung der Reichsfinanzen, er ruft auch die Gefahr herbor, daß man im Ausland nicht an die Zahlungsschwierigkeit Deutschlands glaubt, obwohl doch die großen Massen unerschöpfliche Reserven auf sich genommen haben. Denn Träger der Reichsfinanzen sind heute in der Hauptsache die Arbeiter und Angestellten, deren Steuerleistungen die Reichsfinanzen vor dem Zusammenbruch gerettet haben. Um zu einer Gesundung der Reichsfinanzen zu kommen, ist die Erfassung der Sachwerte durch die Verteilung des Reiches an allen Wirtschaftskreislaufunternehmungen nach wie vor der beste Weg. Bis dahin müssen die bestehenden Steuern schlemmig eingezogen und das Reich durch die Verpflichtung der Steuerleistung zum Kurzwert per der Entwertung der Steuerleistungen geschützt werden.

Wels geht dann dazu über

die Stellung der Sozialdemokratie

zur Befehung des Ruhrgebietes darzulegen. In der innern Politik lehnt sie jede Aktion ab, die sie in Gegensatz brächte zu natürlichen, selbstverständlichen und berechtigten Forderungen aus der traurigen Bilanz des Krieges. Sie hat den Mut, bis zum Letzten festzuhalten an dem richtig aufgefaßten Begriff der Erfüllungspolitik. Daher lehnt sie ein Zusammengehen mit Parteien oder auch mit einer Regierung ab, die aus dem französischen Rechtsbruch an der Ruhr unsern Freiein von jeder Leistung ableiten wollte. Denn unter Vertragsgegner war nicht Frankreich allein. Zudem gilt es zu unterscheiden zwischen dem heutigen offiziellen Frankreich, das das Rheinland und seine wirtschaftlichen Tugenden sich aneignen will, und den vertriebenen, obdachlosen, hungernden Millionen des einstigen Elfenbeinreichs. Wie ist die Sozialdemokratie mehr die Partei der deutschen Arbeiter gewesen als heute, wo die gesamte Ruhrbelegung unter ihrem Banner blutiges Unrecht abwehrt. Wir werden hinter jedem stehen, der diesen „Krieg“ im sogenannten Frieden, der diesen brutalen Eingriff in den Produktionsprozeß bekämpft. Doch darf dieser Kampf

nicht mit Nebensachegeflüsten

gegen eine ganze Welt geführt werden. Darüber seien Sie sich klar: Die Arbeitermassen an der Ruhr führen diesen Kampf für die Republik, (Sehr richtig!) für ihre Erhaltung und ihren Aufbau, genau wie in den Tagen des Rapp-Butsches und des Kapp-Mordes. Für die Republik gilt das Wort: Abwehr, entschlossenste Abwehr jeglicher Volks- und Friedensvergewaltigung! Doch nichts wird uns abhalten, ohne Unterlaß zu betonen, daß wir keine Verhandlungsmöglichkeit herabsäumen werden, um mit unsern Vertragsgegnern zu einer wahrhaften Lösung der Reparationsfrage zu kommen. Denn richtig verstandene Erfüllung unsrer Verpflichtungen ist Reichseinheit, alles andre, sei es auf französischer, sei es auf deutschnationalistischer Seite, ist ein Spiel um oder für die Reichszerrüttung. Wels kennzeichnet dann die innerpolitischen Gefahren, die von seiten der Faschisten drohen, und brandmarkt verschiedene Vorgänge in der Reichswehr. Für die unteren und mittleren Beamtengruppen verlangen wir eine auskömmlichere Bezahlung, außerdem Vereinfachung der Arbeiten zu einem neuen Beamten- und Disziplinarrecht. Schließlich erinnert Wels an die Entschuldigungen, die bei der Beratung des Gesetzes über die Dienstpflichten der Beamten der Regierung aufgetragen war. Personalreferate nur mit Sachkundigen und unbedingt zuverlässigen Republikanern zu besetzen und die Maßregelungen der Eisenbahner rückgängig zu machen. Außerdem warnt er vor jedem Eingriff in den Achtundzentaug. Denn, so schließt Wels, wir wollen aus der deutschen Republik ein wahres Vaterland für alle schaffen. In diesem Sinne grüßen wir die kämpfenden Kameraden am Rhein und an der Ruhr. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Koch (Dem.) gibt für die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft eine kurze Erklärung ab, die besagt, daß eine Stellungnahme zu den Einzelheiten des Stats heute zwecklos sei.

Um 1/2 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr. —

Absehnung und Aushungerung.

Die Bergarbeiter der Ruhrgebiets hat die Arbeit am Donnerstag nach der Freilassung ihrer Werkleiter restlos wieder aufgenommen. Damit hat sie den besten Beweis erbracht, daß sie den Ausstand nicht dem Streik zuliebe führt und für den schweren Kampf im Ruhrgebiet das notwendige Verständnis hat. Der Sinn des Widerstandes muß sein, für Deutschland zu produzieren, soweit es möglich ist, dagegen die Arbeit unter den Bajonetten für Frankreich, welcher Art sie auch sei, abzulehnen. Dem Rechnung tragen, entspricht den Interessen des Vaterlandes mehr als das Verhalten der Besatzungsbeamten, die sich als „Märtyrer“ empfangen lassen, während auch sie nur die Pflicht taten, für die der deutsche Bergarbeiter keine Ehrenbezeugungen und keinen Triumph verlangt.

Mit eigener, furchtbarer Folgerichtigkeit gehen die Poincaristen weiter vor.

Das zweite Stadium der französischen und belgischen Gewaltaktion wurde im Laufe des Donnerstags begonnen. Die Truppenüberziehungen erfolgten, wie jetzt endgültig feststeht, um in dieses zweite Stadium der Gewalt einzutreten und zuletzt die Polizee durchzuführen und das übrige Deutschland vom Ruhrgebiet wirtschaftlich abzuschließen. Die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte an der Außenlinie des neu besetzten Gebietes sind jetzt durch starke Truppenverbände besetzt worden. Ihre Aufgabe ist, Lebensmittel für das Industriegebiet fernzuhalten und die Kohlenzüge, die unsre Arbeiter bis heute noch für ihre Brüder im Innlande Deutschlands bereitstellen, zu beschlagnahmen und zurückzudirigieren. Mehrere tausend französische Eisenbahner sind bereits im neu besetzten Gebiet eingesetzt. Sie sollen bei Dienstverweigerung unter Ehrenbezeugungen die Kohlenzüge folgen, die Stellwerke besetzen, überhaupt die Arbeit verrichten, die notwendig ist, um Frankreich in den Besitz von Kohle zu bringen.

das Ruhrgebiet und der Erklärung des Ministerpräsidenten vom 10. Januar.

Hr. Limberg (Soz.) führte aus: Die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth hat uns im Frühjahr 1921 vor der Beilegung des Ruhrgebiets bewahrt. Gätten wir keine Erfüllungspolitik betrieben, dann hätten wir heute die ganze Entente gegen uns gehabt. Das deutsche Volk und insbesondere die Arbeiterklasse waren für eine Wiebergutmachung bis an den äußersten Rand der Kraft. Wären unsere Vorschläge über den Wiederaufbau Nordfrankreichs angenommen worden, dann stände Nordfrankreich heute so da wie Ostpreußen. Das Ziel des französischen Imperialismus ist es, Deutschland politisch und wirtschaftlich unter die Fuchtel zu bekommen. Zu den Erzen Kohlenzungen wollen die französischen Industriellen auch noch die Kohle, und daher die Befreiung des Ruhrgebiets.

die ungeheure Elend zur Folge haben muß. Zu dessen Beseitigung fordern wir nicht Worte, sondern Taten. Frankreich ist mit seiner Politik auf falschem Weg und wird auf diese Weise verzweifelte finanzielle Lage niemals bessern können. Das Ausland weiß genau Bescheid über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland. Danach müssen wir unsere Politik einstellen. Zwei Dinge müssen wir beachten: die innere Not und den Willen zur Verständigung nach außen. Sichtbare Opfer der leistungsfähigen Schichten sind heute mehr denn je nötig. Ruffschabichten und ähnlichen Anflug lehnen wir ab.

Hr. Dr. Gey (Str.): Ohne Wirths Politik wäre die Politik des Kabinetts Cuno unmöglich. Wir billigen die Politik der Reichsregierung, bewundern die Haltung der Arbeiterklasse und werden alles tun, sie zu unterstützen.

Nach weitem Ausführungen bürgerlicher Redner wird gegen die Kommunisten folgende Entschloßung angenommen:

Der Landtag billigt die Regierungserklärung zur Ruhrbesetzung. Er protestiert erneut gegen die Rechtsbrüche und Gewalttaten der Besetzung; er billigt die geschlossene Abwehr mit zweckentsprechenden Mitteln, dankt der Bevölkerung des neu besetzten Gebiets für ihre tapferen Haltung und erklärt es für eine Ehrenpflicht des Landes und Staates, die Opfer der Besetzung zu schützen und zu entschädigen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr.

Die Notgemeinschaft der Hungernden.

Der 2. Sitzung der Magdeburger Stadterordneten liegt eine Eingabe des städtischen Beamten-Ausschusses vor die pünktliche und volle Auszahlung der Gehalte und Lehnungszulagen verlangt.

Stadtb. Weder 3 (Soz.) unterstützt diese Eingabe: Die Beamten des Magistrats müssen rechtzeitig in den Genuss der Lehnungszulagen kommen, sonst tritt eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Beamten ein, denn bei verspäteter Zahlung sind die Beträge entwertet.

Verständigungen bei den Haushaltsplänen für 1921 um rund 27 Millionen Mark werden genehmigt. Der Voranschlag für den Abbruch des Gebäudes Domstraße 2 wird um 2,6 Millionen Mark erhöht. Man hofft aber durch Verkauf des Materials und durch keine Vermehrung bei städtischen Bauausführungen einen wesentlichen Ueberschuß aus dem Abbruch zu erzielen.

Die Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter im Januar macht 151 Millionen Mark aus; sie wird genehmigt. Von den neuen Vorlagen ist zu erwähnen: die Errichtung von drei neuen Gewerkschaften unter der Bedingung, daß die Regierung Zuschüsse leistet; ferner die Erhöhung der Schulaufsicht und Viehhofgebühren, der Berufsschulbeiträge und der Schulgelder an der städtischen Haushaltungs- und Gewerkschule; und schließlich noch die Wahl von fünf Beisitzern aus den Kreisen der Untermieter zu den Sitzungen des Mieteinigungsamts in Untermieterfragen.

Die Demokraten wünschen Auskunft, warum den städtischen Beamten die Lehnungszulagen später ausbezahlt werden als den Reichs- und Staatsbeamten. Ein sozialdemokratischer Antrag zu derselben Angelegenheit verlangt vom Magistrat, daß im Hinblick auf die außerordentliche Schädigung durch die Geldentwertung die Bezüge der städtischen Beamten jedesmal mit der größten Beschleunigung ausbezahlt werden.

Bürgermeister Paul gibt eingehend Auskunft über die zwingenden Momente, die nur eine teilweise und verhärtete Auszahlung der Beamtenbezüge herbeigeführt haben. Die Beschränkungen der Beamten sind berechtigt; aber der Magistrat hat alles aufgebieten, um die Gehalte pünktlich zahlen zu können, er durfte aber nicht wegen dieser Verpflichtung die gesunde Grundlage der städtischen Finanzen antasten. Die Stadtverwaltung wird auch weiter vorläufige Finanzwirtschaft treiben und wird alles tun, um ihren Verpflichtungen nachzukommen und den Beamten gerecht zu werden. Aber das Reich muß den Städten finanziell ausreichen und schnell helfen, ehe den Stadtverwaltungen der Atem ausgeht.

Gegen Wucher und Lehnung. Angesichts der ernsten wirtschaftlichen Lage der breiten Volksschichten ist von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Dringlichkeitsantrag eingegangen:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, auf schnellstem Wege bei den Regierungen von Reich und Staat wirtschaftliche Maßnahmen gegen die steigende Lehnung und den Wucher mit Lebensmitteln zu verlangen. Es ist dabei zum Ausdruck zu bringen, daß die bisher getroffenen Anordnungen zur Bekämpfung der Not als durchaus ungenügend zu betrachten sind. Aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebiets sind alle auf Gehalt und Lohn angewiesenen Staatsbürger in schwerste Bedrängnis geraten, Sozial- und Kleinrentner, Arbeitslose, Witwen und Schwachbedienter aber werden zur Verzweiflung getrieben.

Stadtb. Klumborn (Soz.) begründet den Antrag: Von der Notgemeinschaft des Volkes wird jetzt so oft gesprochen. Aber wie sieht es damit aus? Wohl gibt es eine Notgemeinschaft derjenigen Schichten, deren Einkommen durch die Lehnung immer mehr schwindet und an Kaufkraft verliert. Und sie droht zu einer Notgemeinschaft der Hungernden zu werden. Denn wir befürchten, daß die Volkstrust zugrunde geht, ehe Hilfsmassnahmen ergriffen werden. Bisher hat die Regierung gegen Wucher und Lehnung nichts getan. Langverbot und Verfrachtung der Holzstämme sind doch nur Mittelchen, mit denen man den Gefühlen der Speisestücker Rechnung tragen wollte, womit aber dem größten Leid der Bevölkerung nicht gehiebt ist. Des Heils Wurzeln sind damit nicht getroffen worden.

Wesentliche Verbündete haben die Franzosen in Deutschland, die die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. An der Pro-

duktionquelle muß der Wucher gestiftet werden. Wer in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes nur darauf ausgeht, möglichst große Verdienste auf Kosten der Allgemeinheit einzuflecken, wer sich rücksichtslos bereichert, der ist ein Verbündeter der Franzosen und ein Schädling des Volkes. Diese hemmungslose Preisentwicklung hat das Volk der von den bürgerlichen Parteien so viel gepriesenen freien Wirtschaft zu danken; sie hat vollständig versagt. Hochfinanz, Großindustrie und Landwirtschaft haben sich schamlos bereichert durch die freie Wirtschaft. Wenn nicht bald und gründlich dagegen vorgegangen wird, droht alles zusammen.

Stadtb. Koblentz schildert die Vorkommnisse auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof, die wir eingehend in der „Volkstimme“ kritisiert haben. Er findet keinen Schuldigen an der unnünftigen Steigerung der Viehpreise. Er sagt aber: diese Herausforderung der Preise spottet jeder Beschreibung und ist nicht nötig gewesen. Aber ändern können wir nichts, meint er dauernd.

Auch die bürgerlichen Stadtb. Dürr und Selbte zuden die Wesseln und Klammeln schickeln ihre kurze Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag her. Durch den von der bürgerlichen Presse künstlich erregten Rebell der Nebenscheidung und Preissteigerung können sie jetzt die drohenden Folgen der Unsozialpolitik und für die Profitinteressen der deutschen Bourgeoisie zu erkennen.

Dollar Donnerstag 21.546 Freitag mittw. 22.500 Mark

Eindringlich wird den Bürgerlichen vom Oberbürgermeister Weims die furchtbare Lage vor Augen geführt, in die uns die kapitalistische Wirtschaft und die kurzfristigkeit bürgerlicher Politiker gebracht hat: die rasende Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt muß zu den schwersten Gefahren führen. Es ist der Wahnsinn der Raffgier überlebens Art, der sich in der ärmsten Not des Volkes auslebt. Dem ist nur beizukommen durch Einführung einer verbesserten Zwangswirtschaft.

Wenn das nicht schnellstens gelingt, dann kommen wir zu entsetzlichen Zuständen in Deutschland. Die Stadtverwaltung allein kann die Dinge auf dem Lebensmittelmarkt nicht meistern. Die bisherigen Regierungsmassnahmen sind ganz unwirksam und wirtschaftlich sogar schädlich. Denn durch das strikte Langverbot, das weder der Oberpräsident Gehrig noch ich für richtig halte, werden viele Existenzen brotlos und es führt zu ihrer Beseitigung des Wirtschaftslebens oder gar zur Hebung der Sittlichkeit.

Durch die maßlose Lehnung sind ungeheure Gehalts- und Lohnsteigerungen unausbleiblich. Wie die Stadt diese neuen Belastungen aushalten soll, ist unerschwinglich. Die Preissteigerungen sind völlig unnötig, denn es liegt absolut kein Grund vor, die Preise für Inlandsartikel so plötzlich und ungeheuer hochzuschrauben. Aber der Eigennutz ist gemeingefährlich geworden. Nur mit Zwangserfassung der Produkte, mit Zwangspreisfestsetzung und Zwangsverwaltung ist ihm beizukommen. Bei den Demonstrationen gegen die Ruhrbesetzung gelobten alle, dem deutschen Volk zu helfen und es zu retten. Die Antwort darauf ist die schamlose Vernichtung des Volkes. Wenn sich die Regierung jetzt nicht rührt und eingreift, dann ist das deutsche Volk durch die deutschen Wucherer in größerer Gefahr als durch die französischen Militärs.

Stadtb. Hennberg (Soz.): Es muß alles getan werden, um auf lokalem Gebiet die Folgen der Profitgier eigener Volksgenossen zu mildern. Ist ein moralischer Einfluß auf die Schädlinge des Volkes nicht möglich, dann sind wir am Ende und durch die Schuld der deutschen Wucherer müssen wir in kürzester Zeit vor der Franzosen zu Kreuze kriechen.

Stadtb. Klumborn (Soz.): Hoffnungslosigkeit braucht noch nicht Maß zu greifen. Noch glaube ich, daß alle Schäden so weit zu mildern sind, daß wir den Atem behalten.

Der sozialdemokratische Antrag wird einstimmig angenommen.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Dann beauftragt folgende dringliche sozialdemokratische Anfrage die Versammlung:

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Maßnahmen im Wirtschaftsbezirk Magdeburg möglich sind, um die Folgen der stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit zu mildern? Was kann getan werden, um der Beschäftigungslosigkeit entgegenzutreten, die in großem Umfang zu erwarten ist, wenn infolge der Besetzung des Ruhrgebiets genügende Betriebsmittel für die Magdeburger Industrien nicht mehr herankommen?

Stadtb. Hiltge (Soz.): Die große Krise droht Tausende von Arbeitern in unserer Stadt brotlos zu machen. Die Erwerbslosenunterstützung ist schon jetzt völlig ungenügend. Es muß sofort alles versucht werden, um ausreichende Beschäftigung für die brotlos gewordenen Volksschichten zu beschaffen. Notstandsarbeiten in großem Umfang müssen rechtzeitig in Angriff genommen werden. Die Vorbereitungen müssen sofort getroffen werden. Auch unter den schwierigsten finanziellen Verhältnissen muß die Lösung möglich gemacht werden.

Oberbürgermeister Weims: Wir haben schon jetzt in Magdeburg 2600 Arbeitslose, von denen nur 600 Unterstützung bekommen. Bei der katastrophalen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber leider damit zu rechnen, daß sich diese Zahl in ganz kurzer Zeit verdreifacht. Wenn dann noch bei der Arbeitslosigkeit die Preise weiter so steigen, werden furchtbare Zustände einreißen. Schon jetzt ist die Diebstahlsziffer unheimlich gemacht. Der Mensch wird zum Stehlen gezwungen, wenn er Hunger hat. Die Stadtverwaltung ist ohnmächtig gegen diese Entwicklung. Woher sollen die gigantischen Lohnzahlungen für Notstandsarbeiten genommen werden? Und doch: es muß geschafft werden. Wir dürfen Arbeitskräfte nicht brach liegen lassen. Stadt und Bauarbeiterverband beim Ministerium konsultiert worden, die Kanalbauarbeiten aufzunehmen zu können. Die Arbeiten am Mittellandkanal und Umgehungs-kanal können sofort aufgenommen werden. Aber bei diesen Arbeiten kann nur ein Bruchteil der Arbeitslosen beschäftigt werden. Es müssen eben noch andere Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden werden. Denn es will doch keiner, daß ein Zustand geschaffen wird, der den Bürgerkrieg und das Chaos bedeutet.

Ein gemischter Ausschuss wird eingesetzt, der in den nächsten Tagen über folgende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose beraten soll. Von der Stadtverordneten-Versammlung werden in diesem Ausschuss gewählt die Sozialdemokraten Hiltge, Frenzel, Bauermeister und Pesse, und die Bürgerlichen Schüller, Dürr und Selbte.

Es folgt eine geheime Sitzung.

Notizen.

Erhöhung der Bezüge der Reichsangeestellten und Arbeiter. Bei dem am Donnerstag im Reichsfinanzministerium mit Spätschneefestungen der Beamten stattgefundenen Verhandlungen über eine Angleichung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und Reichsbeamten an die Geldentwertung wurde eine Verständigung erzielt. Danach werden die bisherigen Gehaltsbezüge vorbehaltlich der Genehmigung vom Reichskabinett, Reichsrat und Reichstag für die zweite Januarhälfte um rund 25 Prozent erhöht.

Verkäuflichkeit im Bergbau. Wie im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier haben sich auch die übrigen Stein- und Braunkohlenbezirke bei der am Donnerstag stattgefundenen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium über die Vohnerhöhungen für den Monat Februar verständigt. Im Hinblick auf die Befreiung des Ruhrgebiets waren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der übrigen Steinkohlenbezirke darin einig, daß der im Ruhrkohlenbergbau entstandene Förderausfall durch Ueberarbeit in den anderen Steinkohlenbezirken nach Möglichkeit gemildert werden muß. Ueberarbeitsabkommen sind von den Parteien in den Grundzügen festgelegt worden und werden in den nächsten Tagen den Beteiligten zur Zustimmung vorgelegt werden. Es wird erwartet, daß in den Revieren am 1. Februar die Ueberarbeit aufgenommen wird.

Sturm auf ein Dorten-Blatt. In Koblenz sammelte sich in der Nacht zum Donnerstag eine größere Menschenmenge vor dem Gebäude des Dorten-Blattes, der „Rheinländer“. Der Polizei gelang es nicht, das Gebäude zu schützen. Die Massen drangen ein, zertrümmerten die Fensterscheiben und warfen die Zeitungspakete auf die Straße. Am Donnerstag vormittag erfolgte ein neuer Sturm auf die Druckerei, wobei in den Räumen große Vermühtungen angerichtet wurden.

Depeschen.

Spannung.

Wb. Essen 26. Januar. Gelegentlich der gestrigen Demonstrationen verlangte vor dem Gebäude der Hauptpost ein französischer Offizier die Verhaftung eines Deutschen. Die Menge nahm daraufhin gegen ihn eine drohende Haltung ein. Der Offizier zog einen Revolver und machte sich schützensicher. Von Schupbeamten wurde er an dem Gebrauch seiner Waffe gehindert. Die Beamten zogen eine Kette zwischen ihm und der Menge, worauf der Offizier sich in das Postgebäude zurückziehen konnte.

Der verbotene „Zell“.

Wb. Koblenz, 26. Januar. Die für gestern abend angekündigte Aufführung von Wilhelm Zell im Stadttheater wurde, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, von der Interalliierten Rheinlandkommission verboten.

Immer neue Ausweisungen.

Wb. Mainz, 26. Januar. Der Polizeidirektor Frohmann und der Polizeikommissar Enders sind ausgewiesen und schon gestern abend über die Grenze gebracht worden.

Belagerungszustand.

Wb. Trier, 26. Januar. Anlässlich der Ausweisung einer Reihe höherer Beamter sämtlicher Verwaltungen verjammelten sich im Laufe des Nachmittags in den Straßen die Einwohner zu größeren Protestzügen und zogen, patriotische Lieder singend, an den Quartieren der Besatzungstruppen vorbei. Gegen Abend verlagte infolge des allgemeinen Proteststreichs die Beleuchtung. Gegen 9 Uhr abends wurde der Belagerungszustand über Trier verhängt. Patrouillen eines nach Trier entlassenen Regiments durchzogen beritten die Stadt und verjammelten die Straßen zu säubern. Dies gelang aber nicht. Kurz nach der Auseinandersetzung der Menge sammelten sich die Leute an der nächsten Straßenecke wieder zu neuen Protestgruppen. Gegen 11 Uhr waren die Straßen leer. Es beteiligte sich an der Kundgebung die gesamte Bevölkerung von der äußersten linken bis zur äußersten Rechten.

Verhafteter Landrat.

Wb. Trier, 26. Januar. Landrat v. Dann ist gestern von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Befreiung der Post.

Wb. Trier, 26. Januar. In der letzten Nacht wurden das Post- und das Telegraphenamt militärisch besetzt. Die Beamten sind requiriert.

Die Quittung.

Wb. Paris, 26. Januar. „Reit Parisien“ meldet aus Mainz, daß gegen gewisse Beamte der Stadt Mainz wegen der Kundgebungen Maßnahmen ergriffen werden sollen. Es soll die Ausweisung erfolgen des Oberbürgermeisters Dr. Kuhl, des Polizeipräsidenten Robert Wömann und des Polizeikommissars Enders. Alle drei müßten das besetzte Gebiet mit ihren Familien verlassen.

Er überreicht die Rechnung.

Wb. Paris, 26. Januar. In der gestrigen Sitzung der Senatskommission für Finanzen wurde mitgeteilt, daß Poincaré in aller nächster Zeit der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die nötigen Ausgaben für die Operationen im Ruhrgebiet vorlegen werde. Die Kosten würden auf ungefähr 45 Millionen Frank für Januar und Februar veranschlagt.

Gemeinsame Beratungen.

Wb. Paris, 26. Januar. Der englische Sozialistenführer Henderson hat gestern abend namens des Volkzugsausschusses der englischen Arbeiterpartei mit Vertretern der französischen sozialistischen Partei über die Ruhrbesetzung verhandelt. Beide Teile sind übereingekommen, daß das von der englischen Arbeiterpartei vorgeschlagene Eingreifen des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten geeignet erscheint, um aus der augenblicklichen Lage herauszukommen.

Konfliktstimmung in Lausanne.

Wb. London, 26. Januar. Smet-Bajcha hat den Vorschlag Curzon, die Moskaufrage zur Prüfung und Entscheidung dem Völkerbund zu überweisen, abgelehnt. Curzon behauptete die Ablehnung. Die Folge der kurzfristigen Ablehnung würden zunächst Sanktionen sein. Smet-Bajcha vertrat auf seinem Standpunkt, worauf die Sitzung mit der Verurteilung Curzon geschlossen wurde, daß er sofort dem Völkerbund berichten werde.

Wb. Lausanne, 26. Januar. Smet-Bajcha erklärte gestern abend, daß er, falls Curzon, wie angekündigt, die Konferenz verlässe, ebenfalls sofort mit der kurzfristigen Delegation abreißen werde. Er werde sich nach Argona begeben und in Lausanne wie die Alliierten nur einen Vertreter zurücklassen.

In Anmerkend
best es besonders für den wirtschaftlichen Erfolg ein Mittel zum Sparen ist. Ein vorzügliches Süßgewürz. Gut, billig, bekömmlich.
Der Inhalt eines H-Päckchens entspricht der Gültigkeit eines Pfunders Zucker.
Schokolade in verschiedenen Größen und Sorten.

Vogl. Gärtnereibaus Wilhelmstadt.
Noch ist es Zeit, sich mit soliden und preiswerten Gärtnereibaus, Stores usw. vorzeitig einzudecken. Unterhalte noch große Auswahl an niedrigen Preiswerten.
- Bei Kauf wird Straßenbahn Fahrschein.
- Elms Becker, Immermannstraße 3.

Die Reichs-Bauordnung
nebst den Preisfestsetzungen und Ausführungsvorschriften. 34 Seiten. Sachregister.
Eisenpreis 70 Mt.

Unser Preis bis 31. Januar 300.00 Mt.
Buchhandlung Volkstimme

Schneekönig
ist das anerkannt beste
Seifenpulver
mit 30% Fettgehalt
in gelben Paketen.

Die letzten la. Hasen
bei
A. Herrmann Nachf.
Esdischehofstraße 8. 2861

Zigaretten
Kukirok
Hornhaut, Schwelen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- u. gefahrlos in vielen Millionen Fällen glanzvoll bewährt. In Apoth. u. Drogerien.

Drogerien Klocke, Gr. Diederiker Str. 243; Kufese, Breitenweg 195; Lorenz, Aller-Markt; Wienrich, Viktoriast. 1; Geven Brennen, Fußschweiß u. Wundlanfen Kukirok-Fußbad.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. Januar 1923.

Meldet eure Kinder an!

Ostern 1923 erhält Magdeburg weltliche Schulen. Die Stadt holt damit nach, was andre Orte schon längst haben. Wir rufen nochmals die Eltern auf, tut eure Pflicht und meldet eure Kinder für die weltliche Schule an. Besonders sei auf die Schulanfänger hingewiesen. Anmeldungen nehmen entgegen: Eudenburg: Herr Holle, Ambockstraße 2, Hof 1 Treppe; Frau Fahrtenkamp, Lutherstraße 14, 2 Treppe; Herr Karl Schüge, Jordanstraße 35, parterre; Herr Rudolf Schulze, Kurfürstenstraße Nr. 24, 3 Treppe.

Buckau: Herr Wolter, Klosterbergstraße 12, 2 Tr.; Herr Köppe, Weberstraße 15; Herr Schmidt, Neue Straße 11; Herr Jorntz, Döbendorfer Straße 53.

Neustadt: Herr Paul Weber, Nikolaiplatz 1; Herr Dahm, Rogäcker Straße 86a.

Es ist keine Zeit zu verlieren, die Kinder müssen sofort angemeldet werden. Einer sage es dem andern! Es geht um eure Sache, um die Zukunft eurer Kinder. Eilt, denn die Meldeschrist läuft am Sonntag ab.

Von einer Lüge zur andern. Der alberne Schwindel, daß der Oberpräsident H ü r s i n g oder der Polizeipräsident R ü g e r den Ausschlag von 1000 Mark auf ein Pfund Schweinefleisch „genehmigt“ habe, hat sich anscheinend totgelaufen. Man redet nicht mehr davon, er war auch zu dumm. Aber irgendein Sozialdemokrat muß doch damit in Verbindung gebracht werden. Der „General-Anzeiger“ hat ihn entdeckt. Er bringt die Rede des Stadtrats Kobelt in der Stadtverordneten-Sitzung über die Vorgänge auf dem Viehmarkt. Der „General-Anzeiger“ läßt Stadtrat Kobelt sagen: „Die Polizei befah die Inspektion des Ministers des Innern, die aber leider sehr unklar und unbestimmt gehalten war.“ Nun hat Stadtrat Kobelt diese Ausführungen zwar nicht gemacht. Sie hätten auch mit den Tatsachen in Widerspruch gestanden. Die Polizei hatte keine Inspektion vom Minister des Innern. Das wird festgesetzt vom Polizeipräsidenten und vom Regierungspräsidenten. Die falsche Mitteilung, daß der 1000-Mark-Ausschlag genommen werden kann, ist auf den Viehmarkt nicht von einem Polizeibeamten gekommen. Alles das ist bereits festgestellt. Über der „General-Anzeiger“ braucht als Schuldigen einen Sozialdemokraten und zieht nunmehr den Minister Severing herbei. Die „Wahrheitsliebe“ der bürgerlichen Presse zeigt sich immer in glänzendem Lichte, wenn es gilt, Sozialdemokraten eins auszuwischen.

Opyer der Finanznot? Das Heeresunterkunsamti gibt bekannt, daß die großen Pappeln am Schwarzen Wege des Cracauer Angers, 284 an der Zahl, zum Selbstverkauf veräußert werden sollen. Die prächtigen Bäume, die der Landschaft ihr Gepräge geben, sollen fallen. Ob die Heeresbehörde „Geld machen“ will, oder ob andre Gründe vorliegen? Der Naturfreund, der Wandrer kann nur mit großem Schmerz das Todesurteil für diese prächtigen alten Bäume vernehmen. Die Umgebung von Magdeburg ist arm an Natur Schönheiten, man sollte daher schützen und erhalten, was irgend zu erhalten ist. Die weiten Flächen des Angers, der Schwarze Weg wären nicht mehr und tot, wenn sich nicht die alten Kappeln freudig und lebensstark ins Himmelsgebölge erheben würden. Kosmos, das Spiel der Sonne und des Windes lebt in ihren Wipfeln. Der Anger ist nichts als eine öde Wüste, wenn sie gefallen sind. Aber, die Heeresverwaltung will Geld einnehmen — am Ende macht aber das Hauptgeschäft doch der Geldmann, der sich die Bäume kauft. Er kann dann reich werden, die Natur aber wird dort arm. Den Spaziergängern wird eine Freude genommen.

Wakonzert findet am Sonntag vormittag von 11 bis 12 Uhr auf dem Alten Markt statt.

Ungehöriges aus der Schule. In einer Altstädter Bürgerschule wurde ein Schüler gefragt, warum er nicht mitbräute. Dieser, der Sohn eines höheren republikanischen Beamten, erwiderte, daß er nicht an Gott glaube. „Schäme dich!“ ruft erregt der eifrige Lehrer. „Menschen, die nicht an Gott glauben, müssen sich schämen!“ — In einer Grundschulklasse einer Eudenburgerschule schreibt die Lehrerin an die Tafel die Versammlungs-Einladung für den Evangelischen Elternbund. Thema: „Wir wollen das Reichschulgesetz.“ Ferner: „Die Kirche ist gut geheizt.“ Montags fragt das Fräulein immer, wer Sonntags von den Kindern in der Kirche war? Der Unfug hat zu unterbleiben. Wir werden die Fälle der zuständigen Verwaltungsstelle unterbreiten. Arbeitgemeinschaft für die weltliche Schule.

Wärmehalle Jugendheim Paulus Wilhelmstadt. Der Evangelische Jugend- und Männerverein e. V. Wilhelmstadt wird vom 1. Februar ab in seinem kürzlich erworbenen Grundstück Arndtstraße 34, Ecke Kleiststraße, die ihm zur Verfügung stehenden Räume den Armengeheimfängern, Sozialrentnern und Kleinkapitalrentnern als Wärmehalle wochentags von 10 bis 5 Uhr mit einer halbbländigen Lüftungsbauweise von 1 bis 1 1/2 Uhr, unentgeltlich öffnen. Mitglieder der Evangelischen Frauenhilfe Wilhelmstadt übernehmen die nötigen Arbeiten und die Aufsicht. Im Winterbrach vorzubringen, wird gebeten, irgendeinen Ausweis (Protokolle usw.) mitzubringen und vorzulegen. Die Vereine können, daß sie von der Verbilligung durch Lieferung von Holz und Kohlen unterstützt werden. Das Heizungsmaterial wird gern abgeholt. Auch kleine Gaben (fünf Kohlensteine usw.) sind willkommen. Auch Besichtigungen sind erwünscht. Annahmestellen Frau Lemme, Schrotenstraße 53, und Pastor Bladtstein, Schrotenstraße 30, Fernspr. 2122.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Sungsozialisten. Heute Freitag abend 8 Uhr im Frants-Jugendheim Vortrag des Genossen Wigt. Eudenburg. Sämtliche Funktionäre und Elternbeitragsmitglieder treffen sich Sonntag vormittag 9 Uhr im „Goldenen Löwen“. Erscheint alle, dann ist die Arbeit in kurzer Zeit erledigt.

Winternothilfe. Der Ausschuß für die Winternothilfe trat am Donnerstag wieder zu einer Sitzung zusammen. Um die Maßnahmen zu beraten, die für den Rest des Winters in Angriff genommen werden sollen. Einleitend gab der Direktor Busch eine Übersicht über die bisherige Tätigkeit des Wohlfahrtsamts auf dem Gebiet der Winternothilfe. Die Zuwendungen in bar, an Heizstoffen, Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, vor allem an Lebensmitteln sind erfreulicherweise recht erheblich gewesen. Soweit unterjährig bedürftige Familien in Frage kommen, sollen die Forderungen gebührend berücksichtigt werden. Solange die Erwerbslosen keine offizielle Unterstützung beziehen, will das Wohlfahrtsamt eintreten. Ein besonderes Kapitel bildete die erblante Nothilfe für bedürftige Konjunkturanden. Bei der herrschenden Teuerung keine leichte Aufgabe. Hierzu sollen die Vorschläge der Kirchengemeinden in Berücksichtigung gezogen werden. Um die umfassenden und zum Teil neuartigen Aufgaben lösen zu können, soll ein allgemeiner Opfertag, ferner Hausausstellungen und künstlerische Veranstaltungen der verschiedenen Art dienen. Ein neugebildeter Unterausschuß soll sofort in Tätigkeit treten, um all diese mannigfachen Arbeiten durchzuführen.

Vorstellung in Schicht Marionettenspielen im Stadttheater zugunsten der Ruheshilfe. Schicht's Marionettenspielen im Stadttheater-Tunnel wird am Sonntag den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr, eine Vorstellung zugunsten der Ruheshilfe veranstaltet. Zur Aufführung gelangt die mit großem Verfall aufgenommene Komödie „Die Zaubergeige“ von dem bekannten Dichter Franz Graf Pocci.

Verkehrter Weg. Uns wird geschrieben: In einigen Schulen wird schon wieder gesammelt, ob mit oder ohne Genehmigung und unter weicher Kontrolle, entzieht sich unserer Kenntnis. In der 4. Klasse einer Vorstadtschule bringt unter andern ein Mädchen einen 1000-Mark-Schein mit. Der Direktor des Winters wird genügend bewundert, auch von der Lehrerin ins rechte Licht gesetzt. Es sind aber auch Kinder in der Klasse, deren Eltern heute nicht in der Lage sind ihren Kindern auch nur das Notwendigste an Nahrung zu kaufen. Verlegt man diese armeren Kinder nicht mit der Art des Sammelns? Man verlegt die Armen, denen das Leben schon schwer genug mitgespielt wird. Die Eltern mögen geben nach ihrem Willen und können an anderer Stelle!

Lehrungsverhandlungen für Behördenangestellte. Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, bei den am 25. v. M. stattgefundenen Verhandlungen mit der Reichsregierung folgende Teuerungszulagen erreicht: Ab 17. Januar betr. der Teuerungszuschlag 439 Prozent, der Preiszuschlag 7000 Mark. Vorhergehenden Verhandlungen wurde bereits festgestellt, daß den beschäftigten Angestellten bei den Reichsbehörden am 26. Januar eine Abschlagszahlung in der gleichen Höhe wie am 20. Januar nochmals gezahlt wird.

Ueberflüssige Frage. Junge Mädchen, welche die Handelsschule verlassen und sich um Stellung an den Nachweis für kanonische Berufe (weiblich) wenden, erhalten ein Fragebogen zur Anleihe, der sehr viele Fragen enthält. Auch die Frage nach dem Religionsbekenntnis befindet sich auf diesem amtlichen Fragebogen. Diese Frage wäre wohl schleunigst zu streichen, steht auch im Widerspruch zur Verfassung. Ein öffentlicher Nachweis darf Stellenbesetzung nach konfessionellen Rücksichten nicht durch solche Fragen unterliegen.

Kaiser-Friedrich-Museum. Die nächste Führung findet am Sonntag den 28. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, statt. Doktor Greisler wird durch die Gemäldesammlung führen. Die Teilnahme an der Führung ist unentgeltlich, nur eine Eintrittskarte in das Museum ist zu lösen.

Kein Winterportzug. Der angekündigte Winterportzug nach Jisenburg fährt nicht.

Die gewerkschaftliche Erwerbslosenkommission hält täglich von 9 bis 11 Uhr vormittags im Zimmer 8 des Arbeitsamts Sprechstunden ab. Jeder Arbeitslose kann sich dort in allen Erwerbslosenfragen Rat holen.

Zimmer weg mit Schäden. Unter dieser Stichmarke polemisiert die „Magdeburgerische Zeitung“ gegen uns und unterstellt uns, wir wären damit einverstanden, daß Ostpreußen auch noch verloren gehen könnte. Hier ist der „Magdeburgerische“ ein Irrtum untergelaufen. Die Wendung in unsem Ausführungen: „Ein Staatsmann sollte nie „niemals“ sagen“, bezog sich lediglich auf die Verhandlungsbereitschaft mit Frankreich, wie aus dem Zusammenhang klar genug hervorgeht. Die „geistreichen“ Bemerkungen, die das Blatt sonst noch gegen uns von sich gibt, sind also am ungeeigneten Objekt verhängen.

Raubanfall. An einem Sonntagabend im Oktober v. J. wurde der Beamte Egatowitsch aus Wolmirstedt in den Anlagen beim Neustädter Bahnhof überfallen. Briefkästchen und Uhr wurden dem körperlich Mäßigbedekten geraubt. Die Täter: Willi Fischer, Otto und Ernst Sauerberg und Eduard Reidenroth fanden unter der Inflagge, den Raub ausgeführt zu haben, vor dem Schwurgericht. Die Eingekerkerte Eise Kolarzki, soll Bestand gehalten haben. Die Geschwornen verurteilten bei den Angeklagten Otto und Ernst Sauerberg und Reidenroth die Schuldfragen; es erfolgte deren Freisprechung. Fischer wurde zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt. Wegen die Kolarzki wurde wegen Verurteilung auf eine Geldstrafe von 2000 Mark erkannt.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Die Delegierten nach Herbst müssen pünktlich 3.15 Uhr am Hauptbahnhof sein. Haben im Winterabend am Sonnabend von 7 bis 8 Uhr. Vortrag: Schimmel und Ott. Eintritt 30 Pf. — Funktionäre: Heute Freitag Vortrag des Genossen Wigt im Frantsheim. — Eudenburg: Wir beteiligen uns am Sonnabend an der Veranstaltung der Partei im „Eisler“. Sonntag Spiele in der Turnhalle am Königsberg. — Werbebezirk Eudenburg: Sonntag Volkstanzabend in der Galtzer Schule. — Sitzung zum Wärmehallenbau am Montag 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Georgenplatz 10.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtisches Theater. Stadttheater. Sonnabend (2. Abend): Das Urteil des Seleukos. — Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr: Literarisch-musikalische Morgenstunde; abends 7 1/2 Uhr (außer Anrecht): Mona Lisa. — Wilm-Beater. Sonnabend geschlossene Vorstellung. — Sonntag abend (offene Vorstellung): Ingeborg.

Stadttheater. 6. Literarisch-musikalische Morgenstunde am Sonntag den 28. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, Niederdeutsche Dichter, dazu Lieder und Kammermusik von Johannes Brahms. Mitwirkende: Gesang: Die Damen Florentin, Grunewald, Preißel-Ede. Rezitationen: Fräulein Bittelhelm und Herren Schulte-Ehles, Kammermusik: Die Herren Konzertmeister Robin, Seifert, Wiegand, Weier, Emdke, Zimmer.

Städt. Orchester. Mittwoch, 31. Januar, 7 1/2 Uhr. 3. Sinfonie-Konzert A im Stadttheater. Form. 11 Uhr öffentliche Hauptprobe. Leitung: Dr. Rabl. 9. Sinfonie mit Schlusschor von Beethoven. 28

Eine Liebesnacht.

Novelle von Emile Zola.

(1. Fortsetzung.)

Dann hatte er hinter verschlossenen Türen und Fenstern wohl zwei Jahre lang ganz leise, damit keiner es hörte, nach irgendeiner alten Schale, die er bei einem kleinen Buchhändler gefunden hatte, geübt und immer wieder geübt. Erst seit sechs Monaten wagte er es, bei offenem Fenster zu spielen. Es waren nur einfache, langsame, alte Weisen, die er kannte, Romane aus dem vorigen Jahrhundert, die unlagbar zärtlich klangen, wenn er spielte — ungeschickt und schüchtern wie ein Schüler, der nicht mehr weiß, wozu mit all seinem Gefühl. In lauten Sommerabenden, wenn alles rundum schlief und dieser leise Klängen aus dem kerzenbeleuchteten großen Zimmer schwebte, lang sein Spiel wie die Stimme eines Liebenden, der zitternd und zagend all das, was er am hellen Tage nicht zu sagen wagt, nun der stillen, einsamen Nacht anvertraut.

Oft auch, wenn er die Melodien auswendig konnte, lächelte Julien aus Sparlichkeit die Kerze aus. Uebrigens liebte er die Dunkelheit. Dann setzte er sich ans Fenster und ließ seine Flügel durch die Nacht klingen. Vorübergehende hielten dann wohl den Kopf und suchten, woher die seltsam zarte Musik kommen möge, die wie das ferne Schlagen einer Nachtmittel erklang. Die alte Flöte aus braunem Holze hatte einen leinen Sprung, und das gerate aus ihr einen eigentümlich verschleierten Klang, der an die feine Stimme einer alten Marquise erinnerte, die trotz ihrer Jahre noch rein und hell die Menuette ihrer Jugend sang. Nur leichten Flügel schwebte eine Note nach der andern dahin. Es war, als finge die Nacht selbst, so ruhig verzeirigt sich die Töne mit dem leise atmenden Dunkel.

Julien fürchtete oft, daß die Nachbarn sich beklagen würden. Aber man schläft fest und gut in der Provinz. Außerdem wohnten auf dem Place des Quatre-Femmes nur noch ein Notar Maitre Sabourain und ein alter pensionierter Gendarmen-Offizier, der Kapitän Bidoux. Die beiden waren bequeme Nachbarn, die schon um neun Uhr zu Bett gingen und schliefen.

Viel mehr fürchtete Julien die Bewohner des Hotels de Marianne, dessen düstere, vornehme Fassade, ernst wie ein Kloster, sich gerade seinen Fenstern gegenüber erhob. Eine grasüberwucherte Treppe von fünf Stufen führte zu einer abgerundeten Tür, die mit großen Kugelschlössern gesichert war. Das ganze Gebäude war einstückig. Die Jalousien seiner sechs Fenster wurden regelmäßig um dieselbe Zeit geöffnet oder geschlossen, ohne daß man irgend etwas von den Zimmern, die hinter den dicken zugewogenen Vorhängen lagen, hätte sehen können. Auf der linken Seite bildeten die alten Kastanienbäume des Gartens ein dünftes grünes Netz, dessen Blättergemoge bis auf die Festungswälle herabging. Und wenn Julien so dasah und den imposanten Bau mit seinem Park, seinen düstern Mauern, seinem Ausdruck fürstlicher Sangeweite ansah, sagte er sich, daß die Marianne ja nur ein Wort zu sagen

brauchten, wenn sie kein Flötenspiel nicht haben möchten, und er würde es nie mehr wagen, zu spielen.

Uebrigens empfand Julien, wenn er von seinem Fenster hinüber sah, eine Art von religiöser Scheu vor dem Hause, so ungeheuer erdicht ihm der weite Garten und das majestätische Gebäude. Im ganzen Lande war das Hotel de Marianne berühmt, und man erzählte sich, daß sogar Fremde von weither gekommen seien, es anzusehen. Ebenjohliche Legenden liefen über den Reichtum der Marianne um. Lange Zeit hatte er das alte Haus heimlich beobachtet, um die Geheimnisse dieses allmächtigen Reichtums zu erforschen. Aber nie entdeckte er etwas, nie sah er etwas anderes als die graue Fassade und die dunkle Kasse der Kastanienbäume. Nie, daß ein Mensch die ausgestreuten Stufen der Freitreppe hinauf stieg oder das moosbewachsene Tor sich öffnete. Die Marianne hatten diese Tür ganz außer Gebrauch gesetzt. Man trat durch eine Gittertür in der Rue Saint-Anne ein; außerdem war da auch noch ein kleines Gartentor, das Julien von seinem Fenster aus nicht sehen konnte, weil es am Ende eines Gäßchens bei den Wällen lag.

Für ihn war das Hotel de Marianne leer und ausgehoben wie irgendein Märchenloß, dessen Bewohner unsichtbar sind. Nur morgens und abends sah er, wie ein Bedienter die Jalousien aufzog. Dann lag das Haus wieder dichter da wie ein vergessenes Grab auf einem Kirchhof. Die Kastanienbäume waren so dicht, daß sie unter ihren Zweigen die Wege des Gartens ganz verbargen. Dieses bodenmäßige, stumme Schweigen aber, das über dem Garten lag, beschäftigte die Gedanken des jungen Mannes immer mehr und mehr. War denn der Grund zu diesem düstern Schweigen, das ihn vor andächtiger Scheu wie in der Kirche erzittern ließ, nur in ihrem Reichtum zu suchen?

Wie oft, ehe er schlafen ging, hatte er seine Kerze angezündet und war wohl eine Stunde am Fenster sitzengeblieben, um die Geheimnisse des Hotels de Marianne zu überwachen. Wie ein großer schwarzer Fleck zeichnete sich dann das Haus gegen den nächtlichen Himmel ab, und die Kastanienbäume waren ein Meer, so schwarz wie Tinte. Man mußte die Vorhänge dort ganz besonders sorgfältig zuziehen, denn nicht eine Spur von Lichtschein war durch die Stäbchen der Jalousien zu bemerken. Ueberhaupt machte das Haus niemals den Eindruck eines bewohnten Hauses, hinter dessen Mauern Menschen atmen und schlafen könnten. Langsam versank es ins Dunkel. Dann erst fand Julien Mut und griff zu seiner Flöte. Jetzt konnte er ungestört spielen. Das ferne Haus gab das Echo seines leinen perlenden Tones wieder, einige langsame verhaltene Stellen verloren sich in den dunkeln Garten, in dem man nicht ein Flügeltrausen hörte. Es war, als ob die alte Flöte aus braunem Holze vor dem schlafenden Dornrosenschloß längst vergessene Melodien wiederfände.

Eines Tages zeigte ein Postbote ihm auf dem Kirchhof einen großen alten Herrn und eine alte Dame und sagte ihm, daß dies der Marquis und die Marquise von Marianne seien. Sie gingen so selten aus, daß er sie seither noch nie gesehen hatte. Eine merkwürdige Erregung überkam ihn. Sie sahen so bager und vornehm aus, gingen abgemessenen Schrittes, und auf den schre-

bietigen Graf der Reute, die sich bis zur Erde beugten, hatten sie nur ein leichtes Neigen des Kopfes. Sein Kamerad erzählte ihm auch, daß sie eine Tochter hätten, Therese de Marianne, die noch im Kloster wäre, und daß der kleine Colombel, der Schreiber bei Maitre Sabourain, ihr Milchbruder sei. Wirklich, als die beiden alten Herrschaften in die Rue Saint-Anne einbogen, trat der kleine Colombel, der vorbeikam, auf sie zu und der Marquis reichte ihm die Hand, eine Ehre, deren sich kein anderer rühmen konnte. Julien litt unter diesem Handdruck, denn Colombel, ein junger Mensch mit zwanzig Jahren mit lebhaften Augen und höchem Mundwerk, war lange Zeit sein Feind gewesen. Er verachtete ihn wegen seiner Schüchternheit und hegte die Wädherrinnen der Rue Beau-Soleil gegen ihn auf. So war es denn schließlich eines Tages auf den Wällen zu einem richtigen Bogerkampf zwischen den beiden gekommen, aus dem der Schreiber mit zwei blau und grün geschlagenen Augen hervorgegangen war.

An jenem Abend, wo Julien Näheres über die Marianne erfahren hatte, spielte er noch leiser als gewöhnlich.

Uebrigens änderte die Unruhe, die ihm das Hotel de Marianne verursachte, nichts an seinen regelmäßigen Lebensgewohnheiten. Er ging ins Bureau, frühstückte, aß seine Mahlzeit und machte seinen Spaziergang am Ufer des Chateaufair. Auch das stille graue Haus wuchs in seine Gewohnheiten hinein.

So vergingen drei Jahre. Er war allmählich so an die grasbewachsene Freitreppe, die graue Fassade, die dunkeln Jalousien gewöhnt, daß er dachte, es könne überhaupt nicht anders sein, und es sei das alles für den ruhigen Schlaf des ganzen Viertels nötig. Schon seit fünf Jahren wohnte Julien auf jenem Place des Quatre-Femmes, als an einem Juliabend ein Ereignis sein ganzes Dasein aus den Fugen riß. Es war eine heiße, sternhelle Nacht. Und er spielte im Dunkel auf seiner Flöte. Etwas vertraut und schlappend, auf bestimmten Tönen ruhend und schwelgend, als auf einmal sich ihm gegenüber ein Fenster öffnete und offen blieb, hell erleuchtet blieb in der düstern grauen Fassade. Ein junges Mädchen lehnte am Fenster, blieb stehen und hob leuchtend ihren Kopf. Zitternd hatte Julien aufgehört zu spielen.

Das Gesicht des jungen Mädchens konnte er nicht sehen, nur die Haut ihrer offenen Haare, die ihr raub um den Hals fielen, sah er jähannern. Und eine leise Stimme drang zu ihm durch die Dunkelheit.

„Hast Du nicht gehört, Françoise? Da war Musik.“ „Woh! eine Nachtmittel, Mademoiselle.“ antwortete eine Stimme von innen. „Schließen Sie doch das Fenster, sonst kommt alles mögliche Nachtgatter herein.“

Als die Fassade wieder in ihr früheres Dunkel zurückgesunken war, konnte Julien sich nicht entschließen, von seinem Lehnstuhl aufzustehen. Er war wie gelendet von dem hellen Blitze, das ja plötzlich aus der alten, toten Mauer auferstanden war. Und immer noch zitternd fragte er sich, ob er über diese Erscheinung wohl glücklich wäre. Eine Stunde später fing er wieder an, ganz leise zu spielen. Und er lächelte in dem Gedanken, daß das junge Mädchen ohne Zweifel glaubte, eine Nachtmittel finge da in den alten Kastanienbäumen. (Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben. Die Not der Armen und Alter ist kaum noch mitzusehen. Das Hungergepöhl treibt viele zur Verzweiflung. Wer ein mitleidiges Herz im Leibe hat, der kann das nicht ruhig mit ansehen.

Klein-Otterleben. Der Parteiverein hält heute Freitag abends 8 Uhr, bei Schälge eine Mitgliederversammlung ab. Wichtige Punkte sind zu behandeln, Parteisekretär Genosse Schumacher hält einen Vortrag.

Niederbodeleben-Schnarleben. Ortsausflug. Am Sonntag findet bei Hülliger in Schnarleben eine wichtige Sitzung des Ortsausfluges statt.

Wahlleben. Die Volksversammlung war nur möglich. Auch Parteigenossen hielten es nicht für nötig, in die Versammlung zu kommen.

Varleben. Die Generalversammlung der Partei war gut besucht. Es wäre aber zu wünschen, daß alle Parteimitglieder regierendes Interesse an allen Parteiveranstaltungen zeigen.

Kreis Neuhalbenleben.

Groß-Santerleben. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gab der Vorsitzende, Genosse Leibniz den Jahresbericht und den Bericht über die Mitgliederbewegung vom Jahre 1922.

Krausleben. In der Parteiverammlung haben Reich zu wünschen übrig, sprach Parteisekretär Genosse Bernick über Antimilitarismus, Kommunismus und Anarchismus.

Kreis Serbitz I. Eine unheilbare Entscheidung sollte der Entscheidungsrat in Serbitz. Ein Mitglied hat sich gegen die Entscheidung, eine Angelegenheit im Jahre 1922 eine Angelegenheit zur Ausschließung anzuwenden.

hülle" Eingestellten ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden sollen. Auf Einspruch mußte der Arbeiterrat die Gründe anerkennen und der Schlichtungsausschuß sollte entscheiden.

Geschäftliche Rundschau. Zurzeit machen von uns entlassene Vertreter unter obigem Titel Werbebesuche. Es handelt sich um eine zentralisierte Einrichtung sämtlicher Parteiorgane Deutschlands.

Burg. Brauereiarbeiterstreik. Die Arbeiter der beiden Burger Brauereien sind in den Streik getreten. Der Schlichtungsausschuß fällt für die Arbeiter einen Spruch von 17.200 Mark Lohn in der ersten und 18.500 Mark in der zweiten Hälfte des Januar.

Kreis Kalbe. Kalbe. Jüdischer Arbeiter wurden auf Bahnhof Kalbe-Best von Eisenbahnbediensteten angehalten. Ein Mann und eine Frau waren im Besitz der übigen Gelder von 1000 Mark.

Altmari. Altmari. Diebstahl. Der Name des jüngeren Amstvorstehers B. wurde bei einem Verbrechen an einem Mann und einem Kind in dem nachgelassenen Stillsitzen geäußert.

Altmari. Altmari. Diebstahl. Der Name des jüngeren Amstvorstehers B. wurde bei einem Verbrechen an einem Mann und einem Kind in dem nachgelassenen Stillsitzen geäußert.

Meine Chronik.

Haubmord in einer Riesengebirgsbaude. Die Kasperbaude bei Köhnelde im Riesengebirge wurde nachts von Einbrechern überfallen. Die Diebstahlsumme betrug den Inhalt der Baude, Gold, Silber, Schmuck, eine Frau und ihren Kleiderkasten.

Kampf zwischen Tigern und Esbären. Im Circus Hagenbeck in Hamburg die Esbären und die Tiger in ihre Käfige gesetzt wurden. Ich bin Tiger mit meiner Pranke nach einem Esbären, der nun seinerseits energisch zapackte.

Volksport.

Table with 5 columns: Name, Verein, Spielart, Spielort, Zeit. Includes entries for Sportfreunde I, Bismarck, and others.

Mitteilungen der Sportvereine. Berlin für Rasenspiele. Am Sonntag findet auf dem Grundstück an interessanten Treffen statt. Der Verein für Rasenspiele Leipzig als Gegner.

Bereins-Kalender. Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 80.60 Mark, aufgenommen. Burg, Verein der Schrebergärtner, am Sonntag den 27. Januar, abends 7 Uhr.

Briefkasten. An die Briefkastenhalter: Aus Platzmangel mußte eine ganze Anzahl Briefe zurückgestellt werden. Aus dem gleichen Grunde sind auch Rückfragen der eingelangten Briefe notwendig.

Warenmärkte.

Table with 4 columns: Produkt, St. Altoarauer Markt, Produkt, 50 Kilo. Markt. Lists various goods like Roggenmehl, Weizen, etc.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Ort, Stand, Ort, Stand. Lists water levels at various locations like Dresden, Leipzig, etc.

Wettervorhersage.

Sonntag den 27. Januar. Keine Witterungsänderung. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Ein Opfer ihres Leichtsinns

Werde eine Frau Weber aus Fohrens, welche ihre schmerzhaften Säberauszüge mit einem Scherenscherer zu beenden versuchte. Sie schritt sich dabei ziemlich an einem Flecht, schenkte aber der Sache keine große Beachtung.